



(Quelle: SCMP, 20.6.1995)

## Taiwan

\*(30)

### Durchbruch in der "privaten" Reisediplomatie und Rückschlag in den halbamtlichen Kontakten mit Beijing

Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) unternahm vom 7. bis 12. Juni eine unstrittene Reise in die USA, die nicht mit Taipei, sondern mit Beijing diplomatische Beziehungen unterhalten. Wie berichtet (C.a., Mai 1995, Ü 36), hatte US-Präsident Bill Clinton unter dem starken Druck seitens des Parlaments und der Presse im eigenen Land Li am 19. Mai d.J. die Einreise zum Besuch seiner alten Alma mater, der Cornell-Universität im Bundesstaat New York, erlaubt. Zwar wurde seine Reise offiziell von Washington als eine "private" Angelegenheit bezeichnet, in Taiwan sprach man jedoch von einer "Jahrhundertreise". Taiwan befindet sich seit den r Jahren weltweit in einer politischen Isolation. Es unterhält zur Zeit nur noch mit 29 Staaten, die überwiegend klein und arm sind, diplomatische Beziehungen. Um aus der Isolation auszubrechen, betrieb Präsident Li persönlich in den letzten Jahren eine intensive "Urlaubs"- oder "Reisediplomatie". So besuchte er z.B. im Februar 1994 die Philippinen, Indonesien und Thailand und im April d.J. die Vereinigten Arabischen Emirate und Jordanien. Obwohl all diese Staaten diplomatische Beziehungen mit Beijing statt mit Taipei unterhalten, wurde Li dort von den jeweiligen Staatsoberhäuptern, Regierungschefs oder hochrangigen Politikern "inoffiziell" empfangen. (Ausführlich dazu C.a., Febr. 1994, Ü 35, April 1995, Ü 38.)

Washington, das nach Anerkennung der Regierung Beijing 1979 seine diplomatischen Beziehungen zu Taipei abbrach, hatte im letzten Jahr aus Rücksicht auf die Reaktion Beijings das Ersuchen Lis um eine Einreise in die USA zunächst abgelehnt. Es wurde ihm lediglich gestattet, auf seiner Lateinamerikareise im Mai desselben Jahres zum Auftanken seiner Sondermaschine eine Zwischenlandung ohne Einreise in Hawaii zu machen (bei der er dann aus Verärgerung gar nicht erst ausstieg). Durch verstärkten Lobbyismus von Seiten Taiwans wurde erreicht, daß das US-Repräsentantenhaus und der Senat am 2. bzw. 9. Mai 1995 mit 396:0 bzw. 97:1 Stimmen die Clinton-Administration zur Bewilligung der Einreiseerlaubnis veranlaßte.

Li Denghui ist der erste amtierende Präsident aus Taiwan - auch der erste Staatschef der Republik China seit ihrer Gründung 1911 -, der den Boden der USA betrat. Aus Rücksicht auf Beijing bemühte sich die US-Regierung, die Bedeutung von Lis Besuch herunterzuspielen. Politiker der Administration Clinton vermieden die Begegnung mit dem hohen Gast aus Taiwan, und Washington durfte Li auch nicht besuchen. In Los Angeles, der ersten Station seiner USA-Reise, wurde er von der kalifornischen Handelsministerin begrüßt. Bei seiner Ankunft im Bundesstaat New York, dem Zielort seiner Reise, traf er drei Senatoren, und während des 13-stündigen Aufenthalts in Alaska auf der Rückreise führte er mit dem dortigen Gouverneur, Tony Knowles, ein Gespräch. Am 9. Juni hielt er eine Rede an der Cornell-Universität, wo er vor 27 Jahren promoviert hatte. Ursprünglich hatte er im Anschluß an den Vortrag eine internationale Pressekonferenz halten wollen, die dann auf den Druck

Washingtons kurzfristig abgesagt wurde. Trotz alledem ist Li Denghui mit seiner USA-Reise, die er als schwieriger als eine Mondlandung beschrieben hatte, sehr zufrieden. (LHB und CP, 7.-13.6.95; ZYRB, 7.-14.6.95)

Drei Tage nach Präsident Lis Rückkehr aus den USA fand der nächste Coup der "privaten" Reisediplomatie durch Premierminister Lian Zhan (Lien Chan) statt: er unternahm auf Einladung der Prager Karls-Universität zusammen mit Bildungsminister Guo Weifan (Kuo Wei-fan) und Regierungssprecher Hu Zhiqiang (Jason C. Hu) vom 15. bis 21. Juni eine Europatour. Dies galt insbesondere deswegen als spektakulär, weil die Reise vor ihrem Antritt streng geheim gehalten worden war. Neben seinem Vortrag an der Karls-Universität führte Lian in Prag nicht nur ein Gespräch mit seinem tschechischen Amtskollegen Vaclav Klaus, sondern wurde auch von Staatspräsident Vaclav Havel im Präsidialbüro empfangen. Vor Prag hatte er in Österreich die Universität Wien besucht sowie einen Ausflug nach Budapest unternommen. Auf der Rückreise über Frankfurt a.M. wollte er eigentlich noch die Universität Heidelberg besuchen, doch die Einreise wurde ihm durch die Bundesregierung verweigert. (LHB und CP, 16.-22.6.95; ZYRB, 17.-23.6.95; FCJ, 23.6.95; NZZ, 21.-22.6.95)

Aus Protest gegen Li Denghuis USA-Reise hat Beijing am 17. Juni seinen Botschafter aus Washington zurückbeordert. Bei der Ankunft von Lian Zhan in Prag brach eine Bildungsdelegation aus Beijing ihren Besuch in der Tschechei ab, womit auch die geplante Unterzeichnung eines chinesisch-tschechischen Austauschvertrages gescheitert ist. Ferner hat Beijing unmittelbar nach dem Antritt von Lians Europareise die halbamtlichen Verhandlungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße einfrieren lassen.

Abgesehen von der Reisediplomatie ist Beijing auch über das Bestreben Taiwans nach einer Rückkehr in die UNO erbost. Taiwans Vizeaußenminister Fang Jinyan (Fang Chin-yen) hatte anläßlich des 50. Gründungstags der Weltorganisation am 26. Juni erklärt, daß Taiwan bei einer Rückkehr in die UNO bereit sei, 0,44% seines Bruttosozialprodukts (rd. 1 Mrd. US\$) für die Hilfe an Entwicklungsländer zu spenden.



Die Republik China unter der Kuomintang-Regierung gehörte eigentlich zu den Gründungsmitgliedern der UNO. 1971 wurde sie jedoch, als die VR China als Mitglied aufgenommen wurde, aus der Weltorganisation ausgeschlossen. An der Gedenkfeier anlässlich des UNO-Gründungstages im Juni d.J. in San Francisco konnte jedoch eine "nichtamtliche" Delegation aus Taiwan unter Leitung des Präsidenten des Gesetzgebungs Yuan (Parlament), Liu Songfan (Liu Sung-pan) teilnehmen. Allerdings mußte auf den Protest von Seiten Beijings die nationale Flagge der Republik China bei der Rekonstruktion der Szene von der Unterzeichnung der UN-Charta vor 50 Jahren entfernt werden. Statt dessen wurde die nationale Flagge der VR China eingesetzt. (ZYRB, 28.6.95)

Zu den Erfolgen der Reise - oder der pragmatischen Diplomatie Taiwans im Berichtsmonat - und gleichzeitig zum Ärger Beijings zählten noch das Einreisevisum von Kanada für Taipeis Vizepremier Xu Lide (Hsu Li-teh) sowie die Teilnahme einer 40köpfigen taiwanesischen Delegation unter Wirtschaftsminister Jiang Bingkun (Chiang Pin-kung) am Crans Montana Forum (28.Juni-2. Juli) in der Schweiz. Vor den über 700 führenden Politikern, Bankiers und Geschäftsleuten aus Europa, Nordamerika und Asien, die an der Jahresveranstaltung des 1989 von privater Seite gegründeten Forums für die Förderung der Wirtschaftsentwicklung in Mittel- und Osteuropa teilnahmen, wurde von der taiwanesischen Delegation eine auf Videoband aufgezeichnete kurze Rede von Präsident Li Denghui abgespielt, in der er an alle appellierte, Taiwans Rückkehr in die UNO und andere internationale Organisationen zu unterstützen. (CP, 30.6.95; FCJ, 7.7.95) Bereits am 7.Juni hatte der Ausschuß des US-Senats für Auswärtige Beziehungen im neuen Gesetz für Auslandshilfe die Unterstützung für Taiwans Aufnahme in die UNO zum Ausdruck gebracht.

Beijing betrachtet Taiwan als eine abtrünnige Provinz von China und hält nach wie vor an seiner "Hallstein-Doktrin" fest. Die Verschiebung der halbamtlichen bilateralen Verhandlungen auf unbestimmte Zeit wurde von Beijing damit begründet, daß die Verhandlungsatmosphäre ernsthaft beeinträchtigt worden sei durch "eine Reihe von Aktionen Taiwans in letzter Zeit zur Störung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße". -ni-

\*(31)

### Deutsche Waffen an Taiwan?

Taiwanesischen Pressemeldungen (LHB, 3.6.95; ZYRB, 4.6.95; CP, 5.6.95; FCJ, 16.6.95) zufolge hat Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) im Gespräch mit seinem taiwanesischen Amtskollegen Jiang Bingkun (Chiang Pin-kung) am 2.Juni in Bonn erklärt, daß die Bundesregierung Taiwan ab dem 1.Juli von der Länderliste der Spannungsgebiete streichen werde. Bislang gehören Taiwan wie auch die VR China zu den 31 Ländern auf der Liste, an die keine deutschen Waffen geliefert werden dürfen. 1992/93 wollte Taiwan zehn U-Boote und zehn Fregatten im Gesamtwert von 12,5 Mrd.DM bei der deutschen Werftindustrie bestellen. Das Geschäft wurde aber von der Bundesregierung unter Hinweis auf die Länderliste der Spannungsgebiete nicht genehmigt. (Siehe ausführlich dazu C.a., 1993/1, Ü 51.)

Laut Minister Jiang Bingkun hatte Taiwan bereits seit zwei Jahren um die Befreiung von der Länderliste des deutschen Waffenlieferungsverbot gebeten. Ein Konsensus zwischen den mit dieser Frage befaßten Ministerien der Bundesregierung sei in letzter Zeit erreicht worden. Die deutsche Entscheidung beruhe auch auf einer Entscheidung aus Brüssel zur einheitlichen Regelung für alle EU-Staaten über Exporte von Gütern, die sich sowohl auf zivilem als auch auf militärischem Gebiet anwenden lassen. Auf der Länderliste zum Verbot deutscher Waffenlieferungen sollen nur noch der Irak, Iran, das ehemalige Jugoslawien, Libyen, Nordkorea, Syrien, Afghanistan, Birma (Myanmar) und Somalia verbleiben, so heißt es.

Jiang besuchte vom 27.Mai bis zum 8.Juni Italien und Deutschland. Er wurde von einer großen Delegation aus zahlreichen Vertretern taiwanesischer Großunternehmen begleitet. Außer von Rexrodt wurde er in Bonn auch vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger (CSU), und Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) empfangen. Dabei wurden u.a. über gegenseitige Investitionen und Doppelbesteuerungsvereinbarungen gesprochen. Darüber hinaus hat Jiang in Hamburg an der dritten Chinesisch-Deutschen Wirtschaftskonferenz des Taiwan Ausschusses der deutschen Wirtschaft teilgenommen.

Deutschland ist der größte europäische Handelspartner Taiwans. Nach taiwanesischen Angaben betrug der bilaterale Handel im vergangenen Jahr 8,03 Mrd.US\$ mit einem Defizit von 1,53 Mrd.US\$ zu Ungunsten Taiwans. (CP, 3.6.95; FCJ, 16.6.95) Hingegen zeigen die deutschen Statistiken im selben Zeitraum ein Defizit von 0,6 Mrd.DM zu Ungunsten Deutschlands (deutsche Exporte nach Taiwan im Wert von 6,6, Mrd.DM und Importe aus Taiwan 7,2 Mrd.DM). (HB, 6.6.95) Die Diskrepanz zwischen diesen beiden Angaben ist offenbar nach wie vor darauf zurückzuführen, daß in den deutschen Statistiken der Transithandel über Hongkong berücksichtigt wurde und in den taiwanesischen nicht.

Was die ausländischen Investitionen in Taiwan anbetrifft, spielt Deutschland bislang nur eine kleine Rolle. Von 1952 bis Ende 1994 wurden in Taiwan insgesamt 19,336 Mrd.US\$ an Investitionen aus dem Ausland getätigt. Davon entfielen rd. 2,7 Mrd. auf überseechinesische, 5,452 Mrd.US\$ auf japanische, 5,43 Mrd.US\$ auf amerikanische und nur 370 Mio.US\$ auf deutsche Unternehmen (europäische Unternehmen insgesamt 2,385 Mrd.US\$).

Taiwan hat großes Interesse am Transfer deutscher Technologie. Während seines Aufenthaltes in Deutschland hat Minister Jiang mit der Bayer AG. eine "strategische Allianz" beschlossen. (HB, 7.6.95) Am 3.November des letzten Jahres hatte Siemens bereits einen gleichen Vertrag mit Taiwan unterzeichnet. Die AEG soll bereit sein, sich mit 6 bis 11,8 Mrd.DM an Investitionen am Bauprojekt der Hochgeschwindigkeitseisenbahn zwischen Taipei und Kaohsiung (Gaoxiong) zu beteiligen. (Siehe dazu C.a., 1994/11, Ü 31) Dies war auch ein Hauptthema der Gespräche bei Jangs Besuch. Jiang hat sich ferner auch in Erfurt über taiwanesischen Investitionsmöglichkeiten in Ostdeutschland informieren lassen.

Angeblich hat Jiang seinen deutschen Gesprächspartnern gegenüber die Frage nach U-Boot-Lieferungen nicht wieder gestellt, obwohl, wie gesagt, Taiwan von der Länderliste der Spannungsgebiete gestrichen wird. Bei Waffenlieferungen an Taiwan muß Bonn ja nach wie vor die Reaktion aus Beijing berücksichtigen. -ni-



\*(32)

**Ende des Fernsehmonopols**

Nachdem vor einigen Jahren das Verbot von neuen Zeitungen und Rundfunksendern aufgehoben worden war, ist jetzt auch das Fernsehmonopol gebrochen worden. Am 16. Juni hat ein von der Regierung eingesetztes neutrales Komitee bestehend aus 11 Mitgliedern - Akademiker, Journalisten, Beamte - beschlossen, die Lizenz zur Gründung eines landesweit neuen kabellosen Fernsehsenders an die Firma "People Broadcasting Corp." (PBC), die in enger Beziehung zur größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) steht, zu vergeben. Bislang gibt es in Taiwan drei landesweite Fernsehsender: die Taiwan Television Enterprise (TTV) gehört zu 49% zur Provinzregierung Taiwan, das Chinese Television System (CTS) zu 36% zum Verteidigungsministerium und die China Television Company (CTV) zu 68% zur Regierungspartei KMT.

Die Opposition hat den drei Sendern ständig politische Abhängigkeit vorgeworfen. Besonders im Wahlkampf wurden sie jedes Mal wegen ihrer einseitigen Unterstützung für die Kandidaten der KMT scharf kritisiert. Der neue Sender PBC gehört zwar nicht direkt zur DPP, doch ihre Initiatoren sind alle Politiker der DPP. Um die Lizenz des vierten Senders haben sich neben PBC noch zwei andere Firmen, die Asia-Pacific Television Co. (APT) und die Harvest Television (HT) beworben. Bei der Entscheidung hat PBC sechs der 11 Stimmen erhalten und die HT vier. Für die APT, deren Besitzer ein führender KMT-Politiker ist, wurde nur eine Stimme abgegeben. (AWSJ, 19.6.95; SCMP, 17.6.95)

Laut Hu Zhiqiang (Jason C. Hu) wird die Liberalisierung der Fernsehprogramme fortgesetzt. Ein fünfter Sender ist bereits in Planung. (LHB, 17.6.95) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

\*(33)

**Beijings Richtlinien zur Regelung der zukünftigen Beziehungen zwischen Hongkong und Taiwan**

Auf der 5. Plenarsitzung des Einleitenden Arbeitskomitees ("Preliminary Working Committee", PWC) des ge-

planten Vorbereitungskomitees für die chinesische Übernahme von Hongkong ("Preparatory Committee for the Hongkong Special Administrative Region") hat Qian Qichen, Vizepremier der chinesischen Regierung und PWC-Vorsitzender, am 22. Juni sieben Prinzipien für die zukünftigen Beziehungen zwischen Hongkong und Taiwan nach der Rückgabe der britischen Kolonie an die VR China 1997 bekanntgegeben:

1. Die bestehenden Beziehungen zwischen den Bevölkerungen von Hongkong und Taiwan einschließlich des Wirtschafts- und Kulturaustausches sowie des Personenverkehrs ändern sich grundsätzlich nicht.
2. Taiwanische Investitionen aller Art, Handels- und andere Geschäftsaktivitäten in Hongkong werden begrüßt und gefördert, die Rechte und Interessen der taiwanesischen Bevölkerung oder taiwanesisches Kapital in Hongkong werden per Gesetz geschützt.
3. Nach dem "Ein-China-Prinzip" werden die Luft- und Schifffahrtslinien zwischen der Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong und der Region Taiwan als "regionale Sonderlinien" behandelt. Der See- und Luftverkehr zwischen der SVZ Hongkong und der Region Taiwan werden nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils durchgeführt.
4. Die Einwohner von Taiwan können gemäß den Gesetzen der SVZ nach und aus Hongkong reisen, dort die Schule besuchen, einen Beruf ausüben oder sich dort niederlassen. Um den Einwohnern Taiwans die Ein- oder Ausreise in bzw. aus Hongkong zu erleichtern, wird die chinesische Zentralregierung die Frage der Reisedokumente regeln.
5. Auf der Basis des Prinzips von Nichtunterordnung und Nichteinmischung untereinander und gegenseitiger Respektierung können private Körperschaften und religiöse Organisationen der SVZ Hongkong in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Technik, Kultur, Kunst, Sport, Spezialberufe, Gesundheitswesen, Gewerkschaften, öffentlicher Wohlfahrt, Sozialarbeit u.a. ihre Beziehungen mit den entsprechenden privaten Körperschaften und Organisationen der Region Taiwan aufrechterhalten und ausweiten.
6. Alle amtlichen Kontakte, Verhandlungen, Unterzeichnung von Ver-

einbarungen und Gründung von Organisationen zwischen der SVZ Hongkong und der Region Taiwan müssen von der Zentralregierung Chinas oder dem Exekutivchef der SVZ in konkretem Auftrag der Zentralregierung genehmigt werden.

7. Die z.Z. in Hongkong bestehenden taiwanesischen Institutionen samt Personal dürfen weiter bleiben. Sie müssen bei ihren Aktivitäten das Grundgesetz der SVZ Hongkong befolgen, dürfen nicht gegen das "Ein-China-Prinzip" verstoßen und keine Aktivitäten ausüben, die die Stabilität und Prosperität Hongkongs beeinträchtigen oder der Eigenschaft ihrer registrierten Tätigkeit nicht entsprechen. (DGB, 24.6.95; LHB, 23.6.95; SWB, 24.6.95)

Qian wies darauf hin, daß die Beziehungen zwischen Hongkong und Taiwan ab 1997 ein Sonderbestandteil der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße seien. Alle Angelegenheiten bezüglich der staatlichen Souveränität oder der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße würden von der chinesischen Zentralregierung geregelt oder von der SVZ-Regierung Hongkong unter der Anleitung der Zentralregierung behandelt.

Das PWC hat einstimmig die sieben Prinzipien unterstützt. Ferner wurde durch Beschluß vorgeschlagen, das Vorbereitungskomitee für die Errichtung der SVZ Hongkong, das 120-150 Mitglieder haben soll, davon über 50% aus Hongkong, im Januar 1996 zu gründen. Das PWC wird vom 7. bis 9. Dezember d.J. seine 6., d.h. auch die letzte, Sitzung in Beijing abhalten. (DGB, 26.6.95) -ni-

\*(34)

**Sino-britische Einigung über die Einrichtung eines Berufungsgerichts und die Finanzierung des neuen Flughafens von Hongkong**

Nach langen und zähen Auseinandersetzungen haben London und Beijing endlich neue Kompromisse zur Beilegung der Restfragen über die Einrichtung eines Berufungsgerichts der letzten Instanz und die Finanzierung des neuen internationalen Flughafens der britischen Kolonie, die am 1. Juli 1997 an China übergeben wird, erzielt. Nach der beiderseitigen Vereinbarung vom